

Resolution: Gemeinsam Studierendenwerke retten

Die 53.0. Konferenz der deutschsprachigen Informatikfachschaften und die 92. Konferenz der deutschsprachigen Mathematikfachschaften fordern die deutschen Studierendenschaften sowie die Studierendenwerke dazu auf, sich zu verbünden, um politischen Druck auf die jeweiligen Landesregierungen auszuüben, insbesondere zur Verbesserung der prekären Situation aller Studierendenwerke.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es essentiell, dass die Studierendenschaften und Studierendenwerke zusammenarbeiten. Beide Akteure verfügen über komplementäre Stärken, deren Bündelung den politischen Druck auf die Landesregierungen deutlich erhöhen kann.

Beitrag der Studierendenschaften:

Interessensvertretung: Die Studierendenschaften artikulieren die direkten Bedürfnisse und Herausforderungen ihrer Mitglieder und repräsentieren die unmittelbare Lebenswirklichkeit. Mobilisierung und Sichtbarkeit: Die Studierendenschaften können Studierende für Demonstrationen, Petitionen und andere öffentliche Aktionen effektiv mobilisieren, was gesellschaftliche Aufmerksamkeit generiert, Probleme sichtbar macht und den politischen Druck erhöht.

Beitrag der Studierendenwerke:

Daten und Fakten: Die Studierendenwerke verfügen über die notwendigen statistischen Daten und fundierte Analysen zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden, zum Bedarf an Infrastruktur und den realen Kosten der Leistungserbringung. Etablierte Kommunikationskanäle: Die Studierendenwerke pflegen langjährige und direkte Beziehungen zu Landesministerien, Parlamenten und Hochschulleitungen, was eine zielgerichtete und effiziente Interessenvertretung ermöglicht.

Begründung

Unsere Studierendenwerke sind einer der Grundpfeiler der studentischen Finanzierung und sozialer Chancengleichheit in der Bildung. In den Studierendenschaften ist jedoch ein zunehmender Unmut gegenüber den Studierendenwerken spürbar. Dieser Unmut ist aufgrund der prekären Lage nachvollziehbar. Hierbei wird allerdings übersehen, was der tatsächliche Grund für die Situation der Studierendenwerke ist, denn sie stehen vor einer existenzbedrohenden Finanzierungskrise.

Die Studierendenwerke finanzieren sich über drei Hauptbestandteile: Umsatzerlöse (z.B. Studierendenwohnheime oder Hochschulgastronomie), Semesterbeiträge und Zuschüsse der Länder. Diese Zuschüsse waren im Jahr 2023 allerdings geringer als im Jahr 1993.¹

Die bundesweiten Landeszuschüsse zum laufenden Betrieb im Jahr 1993 in Höhe von ca. 220 Millionen

¹https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/241106_DSW_Zsp2324_web.pdf

Euro hätten 2023 ein inflationsbereinigtes Äquivalent von ca. 373 Millionen Euro ²³. Dagegen betrugen die tatsächlichen Landeszuschüsse im Jahr 2023 aber nur rund 200 Millionen Euro. Diese Zahlen machen deutlich, dass die steigenden Kosten komplett durch die Umsatzerlöse aus Hochschulgastronomie und Vermietung, sowie durch die Semesterbeiträge kompensiert werden müssen. Da diese Einnahmen zum größten Teil von Studierenden kommen, leiden diese am meisten unter den unzureichenden Zuschüssen.

Außerdem steigt die Belastung für Studierende, wenn die Studierendenwerke ihre vielfältigen Aufgaben aufgrund der Finanzierungslücke nicht mehr angemessen erfüllen können. Das kann zu mehr finanzieller Unsicherheit, psychischem Stress und Studienabbrüchen führen.

Diese Situation gefährdet nicht nur den Erfolg und die Chancengleichheit der Studierenden, sondern auch die Attraktivität Deutschlands als Hochschulstandort.

Ohne geschlossenen öffentlichen Druck sehen die jeweiligen Landesregierungen offenbar keinen ausreichenden Handlungsbedarf. Das verhindert echte und langfristige Verbesserungen.

Diese Resolution wurde von der 92. Konferenz der deutschsprachigen Mathematikfachschaften im Konsens beschlossen.

Passau, den 21. Juni 2025

²<https://www.finanz-tools.de/inflationsrechner-kaufkraftverlust>

³<https://www.finanz-tools.de/inflation/inflationsraten-deutschland>